

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einjährl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfzeilige Zelle; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 114

An unsre Mitglieder!

Mit dem 1. Oktober treten die durch die neuen Abmachungen festgelegten erhöhten Tarifföhne in Kraft. Nicht allen berechtigten Wünschen und Anforderungen, die die Gehilfenschaft angesichts der Gefaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse an das Gewerbe stellte, ist damit Erfüllung geworden; durch die eintretende Erhöhung der Löhne ist indes doch für die arbeitenden Kollegen eine Erleichterung in der Lebenshaltung herbeigeführt. Schwer lastet aber die Not der Zeit noch auf unsern invaliden, kranken und sonstigen der Hilfe bedürftigen Kollegen! Unsre regelmäßigen sachungsgemäßen Unterstützungen können hier die Not nicht bannen, sie sind zu gering; es wird Aufgabe der nächstjährigen Verbandsgeneralversammlung sein, hier die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Aber bis dahin ist die Zeit noch lang und die Not ist groß!

Der Vorstand hat deshalb nach der friedlichen Erledigung des Tariffreits im Einvernehmen mit den Gauvorständen und im Vertrauen auf die altbewährte Opferwilligkeit und Solidarität der Mitglieder beschlossen, zur besonderen Unterstützung der invaliden, kranken und sonstigen hilfsbedürftigen Kollegen vorerst eine Million Mark aus der Verbandskasse zur Verfügung zu stellen. Jeder im Invalidenunterstützungsbezuge stehende Kollege soll davon zur Anschaffung von Wintervorräten eine Extraausstattung von 400 Mk. bekommen. Diese Zuwendung soll mit der Oktoberunterstützung zur Auszahlung kommen. Die bisher den Arbeitslosen gezahlte Kostenausstattung wird auch auf die Kranken ausgedehnt. Die sachungsgemäßen Unterstützungen für Kranke erhöhen sich demnach von der ersten Oktoberwoche an um 2 Mk. pro Tag. Außerdem sollen sonstige hilfsbedürftige Mitglieder Extrazuwendungen erhalten. Hierüber gehen den Gauvorständen noch besondere Anweisungen zu. Unterstützungsansuchen sind an die zuständigen Ortsvorstände zu richten, die sie an den Gauvorstand weiterleiten.

Der Vorstand glaubt mit diesen Beschlüssen den Wünschen der gesamten Mitglieder zu entsprechen, andererseits ist er aber auch verpflichtet, an die Mitglieder mit einer den Verhältnissen entsprechenden Beitragserhöhung heranzutreten. Mit dieser Beitragserhöhung sollen nicht bloß die Ausgaben für die oben erwähnten Unterstützungen gedeckt werden, sondern es soll auch die Verbandskasse weiter gestärkt werden zur leichteren und besseren Erfüllung ihrer Aufgaben. Die fortschreitende Geldentwertung macht die Lohnerhöhungen notwendig, diese Geldentwertung zwingt aber auch die Organisation, ihre Einnahmen zu erhöhen und damit wenigstens zum Teil dieser Entwertung zu begegnen. Infolgedessen wird der bisher erhobene Extrabeitrag bis auf weiteres von der ersten Oktoberwoche an von 1 Mk. auf 3 Mk. erhöht. Es werden demnach vom genannten Zeitpunkt an insgesamt erhoben: Ordentlicher Verbandsbeitrag 4,50 Mk., Extrabeitrag 3 Mk. Dazu kommen dann noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge.

An die gesamten Mitglieder ergeht der Ruf, fest zur Organisation zu stehen, die einigenden Gedanken zu pflegen sowie mitzuarbeiten und mitzuhelfen an dem Ausbau und der Stärkung unsrer Kassen und Einrichtungen. Dann wird es weiter vorwärts gehen und unsre Organisation kann auch in dieser schweren Zeit das Bollwerk sein und bleiben, das es bisher für die Gehilfenschaft in allen Lebenslagen war!

Berlin, den 28. September 1921.

Der Vorstand

Stellungnahmen zu dem neuen Lohnabkommen

Da uns als Folge des Papierarbeiterstreiks in Sachsen die Papierlieferung beschränkt werden soll, wenn nicht überhaupt Unterbrechung eintritt, so bitten wir dringend um nur kurze Mitteilung darüber, wie die jetzt stattfindenden Versammlungen sich zu dem Ergebnisse der Berliner Woche stellen. Lange Versammlungsberichte können bestimmt unterbleiben (was nicht nur für den Augenblick zu gelten hat), da sie zudem immer Schwierigkeiten mit dem Unterbringen begehen und deshalb länger liegen bleiben. Kleinere Orte sollten es sich genügen lassen, wenn an dieser Stelle kurz die Aufnahme der neuen Vereinbarung registriert findet. Bei den Hilfsarbeitern, den Stein-druckern und Lithographen, den Buchbindern kennt man überhaupt nicht die Gespögnheit der Buchdrucker, fast von jedem Ort aus zu einem neuen Lohnabkommen in der Öffentlichkeit lang und breit Stellung zu nehmen. Was jetzt ist uns bekannt geworden, das eine Bezirks- und Ortsvorstandskongress des Gaues Thüringen am 19. gegen 6 Stimmen das Berliner Abkommen annahm. — Eine außerordentlich zahlreich besuchte allgemeine Buchdrucker- und Hilfsarbeiterversammlung in Erfurt lehnte die vor dem Reichsarbeitsministerium getroffene Vereinbarung als unzureichend ab. Sie beschloß, an der Forderung festzuhalten, die von der Gesamthilfenschaft im Tarifauschuss erhoben wurde und zeigte sich gewillt, bei Nichterfüllung in den Bewilligungstreik zu treten. — In Meinungen wurden die Abmachungen abgelehnt. Es wurde beschlossen, unter keinen Umständen von einem Wochenlohn von 360 Mk. abzugehen. — Eine Versammlung in Chemnitz, an der die Ortsvorstände des Gaues Erzgebirge-Vorland teilnahmen, lehnte die letzten Abmachungen ab und hielt fest an der Forderung von 120 Mk.

auf den jetzigen Lohn, einschließlich einer Wirtschaftshilfe. — In Frankfurt a. M., wo bekanntlich viel weitergehende Forderungen gestellt worden waren, erklärten sich in einer großartig verlaufenen Versammlung über 1000 Kollegen gegen drei Stimmen mit dem erzielten Ergebnis einverstanden. — Die Mitgliedschaft Otho A lehnte die Abmachungen mit 118 gegen 2 Stimmen entschieden ab. — Eine starkbesuchte Versammlung in Leipzig erklärte sich mit dem Ergebnisse der Einigungsverhandlungen nicht einverstanden. Wenn bis zum 30. September eine Änderung nicht eingetreten ist, soll die Organisationsleitung und der Gehilfenvertreter mit den Unternehmern in Verbindung treten, um die aufgestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen. — Gehilfen und Hilfsarbeiter des Bezirks Osnaabrück erklärten sich mit dem neuen Lohnabkommen nicht zufrieden, nahmen es jedoch an in der Erwartung, daß durch ein in Kürze neu zu treffendes Abkommen der bestehenden Steuerung besser Rechnung getragen wird. — In Allenburg wurden die Abmachungen in einer Bezirksversammlung mit 170 gegen 44 Stimmen abgelehnt, unter Anerkennung der von den Gehilfenvertretern im Interesse der Arbeiterkassen des graphischen Gewerbes geleisteten Arbeit. — Eine starkbesuchte Versammlung in Braunschweig nahm nach sehr ausgiebiger erregter Debatte mit übergroßer Mehrheit eine Entschlebung an, worin die Annahme des Abkommens der beiden Tarifparteien ausgesprochen wird, obwohl auch die diesmalige Lohnerhöhung die Gehilfenschaft nicht aus ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage befreien kann. Auf das bestimmteste wird erwartet, daß in der aller nächsten Zeit der Tarifauschuss wieder zusammentritt, um einen durch die ganz außerordentlichen Preiserhöhungen bedingten Lohnausgleich zu beschaffen. — Der Ortsverein Dessau konnte sich keinesfalls mit dem neuen Lohnabkommen einverstanden erklären. Es wurde der Forderung Ausdruck gegeben, daß die Gehilfenschaft bei den kommenden Verhandlungen so gestellt

wird, daß sie ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen kann. — Die Mitgliedschaft Kiel beauftragte die ohne Befragen der Mitglieder getroffenen Vereinbarungen. Das Verhandlungsergebnis hätte einer Urabstimmung unterbreitet werden müssen. — In Plauen i. V. lehnte eine fast vollständig besuchte Versammlung das in den Einigungsverhandlungen Erreichte als ungenügend ab, weil es bereits von den Verhältnissen überholt sei. Die Gehilfenvertretung wurde aufgefordert, auf den gestellten Forderungen bestehen zu bleiben. Dilem Standpunkte schlossen sich auch die Vertreter des Gutenbergbundes an. — Die Mitgliedschaft München brachte in der Stellungnahme zu den neuen Abmachungen, die sie wohl kritisierte, aber nicht ablehnte, zum Ausdruck, daß sobald als möglich wieder in neue Verhandlungen eingetreten werden müsse, weil die Buchdrucker das noch lange nicht eingeholt haben, was in den letzten zwei Jahren verstimmt wurde. — In Stuttgart stimmte die von 1200 Kollegen besuchte Versammlung gegen wenige Stimmen den neuen Abmachungen zu. — Die Berliner Gehilfenschaft nahm am 27. September Stellung zum Ergebnis der Einigungsverhandlungen. Im Laufe der Diskussion wurde von einem Redner eine Resolution eingebracht, die das Abkommen ablehnt und sofortige erneute Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalaten verlangt. Von anderen Rednern wurde die Annahme des Abkommens befürwortet. Schließlich wurde mit großer Mehrheit eine Resolution des Kollegen A. W. Säm dt angenommen, die beklagt, daß die Berliner Buchdrucker mit dem Resultat des Abkommens nicht zufrieden sind, aber unter den jetzigen Verhältnissen dem Resultat zustimmen. Der Gauvorstand wurde beauftragt, Ende Oktober eine neue Generalversammlung einzuberufen, damit in dieser eventuell neue Lohnforderungen gestellt werden können. Eine Versammlung der Berliner Hilfsarbeiter stimmte gegen wenige Stimmen dem Abkommen gleichfalls zu.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Korrespondenz.) In der aufbesuchten Versammlung am 11. September widmete Kollege Fülle dem verstorbenen Oberkorrektor der Rechtsdruckerei Otto Reinecke einen warmen Nachruf, insbesondere die Verdienste des Dahingegangenen um die deutsche Rechtschreibung hervorhebend. Dann hielt Dr. Albert Gebhardt einen länger als einstündigen Vortrag über: „Die Wirtschaftsverhältnisse im Deutschen Reich“. Er wählte die Zuhörer durch seine Ausführungen so zu fesseln, daß ihm reichlicher Beifall spendet wurde. Einige Anfragen der Mitglieder wurden durch den Referenten zur Zufriedenheit beantwortet. Unter „Berichtsmittlungen“ machte der Vorsitzende auf die Lohnverhandlungen im Tarifauschuß aufmerksam und ermahnte die Kollegen, vorher keine Sonderaktionen einzuleiten, doch wenn sie auf den Plan gerufen würden, dafür zu sorgen, daß jeder seine Pflicht voll und ganz erfüllt. Zur Aufnahme hatten sich neun Kollegen gemeldet.

Berlin. (Schriftsteller.) Bevor in die Tagesordnung der Versammlung vom 20. September eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten zweier verstorbenen Kollegen. Der Besuch der Versammlung war in Hinblick auf die wichtige Tagesordnung ein äußerst starker. Der Vorsitzende machte zunächst bekannt, daß der Zentralkommission mit Beginn des Monats September von den einzelnen Viehstädten Anträge auf Erhöhung der Steuerzulagen für den Monat September zugegangen sind. Die Höhe schwankte zwischen 1000 und 80 Mk. Die Zentralkommission stellte, um zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen, die Forderung von 200, 175 bzw. 150 Mk. Dieser Antrag fand die Mehrheit der Viehstädte und wurde den Prinzipalen eingereicht. Die Verhandlungen ergaben jedoch, daß die Prinzipale nur bereit waren, 110 Mk. mit Abstellung in zwei Raten für den Monat September zu bewilligen. Dieses Angebot wurde durch die Viehstädte abgelehnt. Die Zentralkommission stellte einen Dringlichkeitsantrag, um auf der Grundlage der Zentralkommission erneut zu verhandeln. Die Prinzipale lehnten es ab, in Hinblick auf die in Aussicht getretenen Personale in Frankfurt-Offenbach. Trotzdem kam nach langem Verhandeln eine neue Vereinbarung zustande, daß die in zwei Raten gewährte Summe mit Abstellungen sofort mit einem Mal zur Auszahlung gelangen sollte, und daß im Anschluß an die Beratungen über die ab 1. Oktober festzusetzenden Mindestlöhne und Sozialzuschläge dann nochmals in Verhandlung darüber eingetreten werden soll, ob und in welcher Höhe ein weiterer Ausgleich für den Monat September geschaffen werden soll. Dieses Abkommen wurde gegen eine starke Minderheit angenommen. Zu Punkt 3: „Aufstellung der Steuerzulagen und Ortszuschläge“, stellte Berlin den Antrag, 3 Mk. pro Stunde auf die geltenden Mindestlöhne zu beantragen und die Minderzulage von 10 auf 20 Mk. zu erhöhen. Die Anträge fanden einstimmige Annahme. Aber den Streik in Frankfurt-Offenbach wurde eingehend diskutiert, und die Versammlung bedauerte die Zerissenheit. Der Appell an die Kollegenschaft, keinerlei Streikarbeit zu verrichten, fand vollinhaltlich Unterstützung. Da die Frankfurt-Offenbacher Kollegen keinerlei Unterstützung erhalten, verpflichtete sich die Berliner Mitgliedschaft zur Zahlung bestimmter Sätze, die bis auf weiteres bezahlt werden sollen. Die Abstimmung ergab deren einstimmige Annahme. Ferner wurde unter „Berichtsdienem“ mitgeteilt, daß Berlin den Mantel- und Akkordtarif, Komplettgut, durch Urabstimmung angenommen hat. Die allgemeine Winter-

arbeitszeit wurde für Berlin einheitlich von 7 $\frac{1}{2}$ bis 4 Uhr festgelegt.

Dresden. Am 1. Oktober 1921 feiert in den „Dresdner Nachrichten“ (Wiesch & Reichardt) unser Kollege Otto Markner, gebürtig aus Obersbach, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Der Jubilar gehörte früher auch jahrelang als Reviseur dem Bauvorstand an.

Hamburg. (Schriftsteller - Situationsbericht.) Lange schon waren wir in Hamburg mit den Steuerzulagen, wie sie von den Prinzipalen angefaßt, nicht zufrieden. Es herrschte hier die Meinung vor, daß die Prinzipale bei den außerordentlich hohen Gewinnen, die im Gewerbe nach dem Krieg erzielt worden, sehr wohl in der Lage seien, mehr für ihre Arbeiterkraft zu tun, um einer allgemeinen Verelendung vorzubeugen. Der allseitige Einwand der Unternehmer, das Geschäft frage es nicht, trifft hier nicht zu. Es liegt nicht am Können, sondern am Willen. Ein Teil unserer Akkordarbeiter erzielt Löhne, die mit zu den niedrigsten im deutschen Schriftstellersberuf zu zählen sind, und so löste es eine gewisse Entrüstung aus, als eine Gewerke Ende August dazu überging, nur einen Teil ihrer Lohnarbeiter mit ziemlich erheblichen Zulagen zu bedenken. Die Zulagen wurden allerdings nicht als Steuerzulagen bezeichnet, sondern man nannte es Zulagen für besondere Qualifikation. Das übrige Personal drängte den Betriebsrat, vom Personal gestellte Forderungen einzureichen, die als Ausgleich für die entstandene Steuerung für die Monate August und September gelten sollen. Inzwischen hatte die Frankfurter-Offenbacher Kollegenschaft die bekannte Forderung gestellt, deretwegen sie in den Ausstand trat. Die Zentralkommission nahm diese Forderung wesenlich reduziert auf und stellte Anträge bei den Prinzipalen. Als wir diese Mitteilung erhielten, standen wir vor der vollenbeladenen Tatsache, die Anträge waren gestellt, die Mitglieder hatten keine Stellung mehr dazu nehmen. Vorstand und Tarifkommission gaben dann, in der Erwartung, daß bei diesen Anträgen etwas Erprobliches herauskommen werde, über die Köpfe der Mitglieder hinweg ihre Zustimmung. Wir glaubten, durch ein günstiges Resultat werde die eingetretene Erregung ihr Ende erreichen. Das Ergebnis dieser Verhandlung wurde von der Hamburger Mitgliedschaft in gebührender Urabstimmung mit neun Sechsteln der abgegebenen Stimmen abgelehnt. In einer Versammlung am 14. September erklärten sich die Kollegen der drei Gewerke solidarisch, und es wurde nachstehende Forderung beschlossen: „Als Ausgleich für die entstandene Steuerung in den Monaten August und September ist den Prinzipalen eine einmalige außerordentliche Forderung von 600 Mk. für Verbehalte, 500 Mk. für Ledige und 250 Mk. für Lehrlinge zu unterbreiten.“ Diese Forderung wurde von den Prinzipalen abgelehnt. — In einer Versammlung am 16. September wurde einstimmig beschlossen, an dieser Forderung festzuhalten und die Forderung einzureichen. Dieses ist geschehen. Verschiedene eingeleitete Vermittlungsversuche schlugen fehl. In zwölf Stunden verständete die Zentralkommission den Kollegen Schneider nach hier und am 24. September fand eine nahezu vollzählige besuchte Versammlung statt. Kollege Schneider betonte in seinem Referat die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Disziplin und vor allem gelte es, der Verhandlung, die am 29. September in Leipzig stattfinden, keinen Stein in den Weg zu legen. Die Worte des Referenten sowie der Vertreter der Gewerkschaften fielen auf fruchtbaren Boden. Es wurde mit ungehöriger Dreiviertelmehrheit beschlossen, die Forderung zurückzunehmen. Das Angebot der Prinzipale wurde unter Protest angenommen. Ferner sprach die Versammlung die Erwartung aus, daß die in Leipzig stattfindenden Verhandlungen, wie es von den Prinzipalen versprochen, weiteres bringen und die Sep-

temberrate erhöhen werden. Das ganze Vorgehen war von einer seltenen Einmütigkeit getragen und die Prinzipale mühen daraus entnehmen, daß es die bittere Not ist, die den Arbeiter zwingt, eventuell zum letzten Mittel zu greifen. Gebe man uns das zum Leben Nötige und die Ruhe im Gewerbe wird von den Arbeitnehmern sicherlich nicht gestört werden!

G. Köln. (Gauversammlung der Maschinenleherversammlung Rheinland-Westfalen am 18. September.) Sehn Jahre sind verfloßen, seit in Köln die letzte Gauversammlung unserer Sparte stattfand, und so erschien eine stattliche Zahl Kollegen aus dem Gau, um sich das durch die Belegung ein etwas anderes Bild zeigende Colonia wieder einmal anzusehen. Nachdem Vorstandsbesprechung die Versammlung eröffnet und begrüßt hatte, brachte der Gesangsverein „Gutenberg“ den prachtvollen Chor Max Bruchs „Am Rhein“ stimmungsvooll zum Vortrage. Hierauf wurden die geschäftlichen Mitteilungen entgegengenommen. Ganz besonders wurde darauf verwiesen, daß den in letzter Zeit wieder stark einbrechenden Anforderungen von Maschinenlehern ein wachsameres Auge zu schenken sei. Nur gesunde und technisch vollwertige Gehilfen hätten Aussicht, auch an der Schmalzmaschine ihren Mann zu stellen. Auch die „Rehren des Kölner Streiks“ für die Maschinenlehler ließ man Revue passieren, wobei die „Prinzipalschnecke“ an der Schmalzmaschine noch einmal in das richtige Licht gerückt wurden. Die Aussprache über die Entlohnung der Maschinenlehler zeigte ebenfalls eine rege Debatte, die in einem Beschluß auslief, der dem Beibehalten der Betram telegraphisch nach Berlin übermittelte wurde und besagt, daß der Maschinenlehlerertragzuschlag aus § 3 Abs. 2 um 150 Proz. erhöht werden soll, da die fortschreitende Geldentwertung die Erhöhung von selbst rechtfertigt, denn die jetzigen Zuschläge wirken lächerlich gegenüber der Arbeitsweise an der Schmalzmaschine. An Aufnahmen wurden 41 vollzogen, desgleichen der Fallbericht vom zweiten Vierteljahr genehmigt. Auf das pünktliche An- und Abmelden bei Stellungswechsel ließ auch hier besonders hingewiesen. Der Antrag Essen: Urabstimmung im Gau betreffend Ausbezahlung der Sonntagsarbeit, rief eine lachliche, ernste Aussprache hervor. Eine aufgenommene Statistik über die regelmäßige Sonntagsarbeit wirkte geradezu erschütternd. In 17 Orten im Gau Rheinland-Westfalen mit 30 Firmen werden an jedem Sonntage drei bis neun Stunden Arbeit verrichtet, im Durchschnitt sieben Stunden. Man war sich darin einig, daß die krankhaften Zustände eine Änderung unverzüglich bedingen. Ja, sogar an kleineren Orten, wo bisher keine Sonntagsarbeit geleistet wurde, wird dieselbe eingeführt. Die Maschinenlehler sind es ihrer Gesundheit und ihren Familien schuldig, daß dieser Raubbau an der Gesundheit unterbunden wird. Es geht nicht an, daß das Jahreslohn erlängte und einzig noch erhaltene Ideal der deutschen Arbeiterklasse, die 48-Stundenwoche, wofür früher viele Führer in die Gefängnisse wandern mußten, ja bewußt mit Füßen getreten wird. Kein Geschäft führt nach dem BGB. gezwungen werden, an Sonntagen zu arbeiten. Auch sei nur die Bezahlung tarifiert, aber nicht der Zwang zur Sonntagsarbeit. Auch ist es nicht unbekannt, wie das Unternehmertum während des Kölner Streiks der Öffentlichkeit vorgegaukelt hat, welche „horrenden“ Löhne die Maschinenlehler verdienen, dabei aber bewußt verweigert, innerhalb welcher Zeit das Geld verdient wird! Alle Redner waren sich klar, daß mit diesen menschenunwürdigen Zuständen aufgeräumt werden müsse. Wenn auch die Unternehmer erklären, daß die Löhler am Montagmorgen ihre Stellung haben möchten, so träte das nicht zu. In den Orten, wo die Sonntagsarbeit strikt abgelehnt wurde, hat sich das Publikum daran gewöhnt, daß die Zeitungen mitlags erscheinen, was technisch auch möglich ist. Inzwischen war folgender Antrag Essen-Düsseldorf einge-

Die Kunst im Arbeiterheim

Die Entwicklung des deutschen Proletariats fällt in eine Zeit betrüblichster Kulturarmut. Seit drei Generationen gibt es in Deutschland eine moderne industrielle Arbeiterklasse; die erste Generation erlebte die Revolution von 1848, die zweite den Deutsch-Französischen Krieg, die dritte den Weltkrieg und den darauffolgenden Zusammenbruch der monarchistisch-militaristischen Staatsform. So reich diese Zeit an politisch-historischem Geschehen war, so arm war sie an kulturellem Besitz. Die Zeit des neu-deutschen Kaiserturns, die vielgepriesene wilhelminische Epoche, die Zeit also, in der sich die Arbeiterklasse endgültig bildete und zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung heranwuchs, ist nun gar eine Periode schlimmsten Kulturbarbarismus. Söllingsstump und kapitalistische Marktbegehrte, Untertaneninn und banalenhaftes Proletariat einer Klasse von Gründern und Emporkömmlingen bestimmten den geltenden Kunstgeschmack. Starke künstlerische Persönlichkeiten, typische Richtungen mit eigenem Willen vermochten sich nur mit Mühe gegen die Inkultur des offiziellen Kunstbetriebs durchzusetzen. Schlechte Massenware, außen bunt und prächtig, innen hohl und faul, beherrschte den „Markt“ auch in der Kunst. Ein wichtiger, aus geistiger Größe kommender, überwältigender künstlerisch-kultureller Auftrieb fehlte vollständig; nichts zeigte sich auch nur im Keime, was den geschlossenen Leistungen früherer Perioden der Kunstgeschichte an die Seite zu stellen wäre.

In dieser Zeit erlebte die deutsche Arbeiterklasse ihr geistiges Erwachen und, dank der Lichtheit ihrer Gewerkschaften, auch ihren sozialen Aufstieg. Was in den sozialjungen oberen Regionen der Gesellschaft lang Kunstschöpfungen — dem gekennzeichneten Marktgeschmack entsprechend — entstand, gelangte in industrieller, voll-

kommen verklärter Form und in minderwertigstem Material auch in die Arbeiterklasse: das Muckelmbüchel, das Strichbild und alpiner Appenschund, denen sich später das Grammophon würdig angeschlossen, hielten ihren Einzug in das Arbeiterheim. In einer Zeit ihres mächtigsten Aufstrebens, in der die arbeitende Klasse bereit gewesen war zum Empfangen reicherer Kunstschöpfung und zum erlebnisreichen Mitschaffen, wurde sie vergiftet mit unwürdigstem Schund. Eine gräßliche, jede eigene kulturelle Regung in der Arbeiterklasse erschlappende Geschmacksverwöhnung breitete sich mit diesen Kunstareinen in den Wohnstätten der arbeitenden Massen aus.

Bis sich innerhalb der Arbeiterklasse eigene Kräfte regen, um den Massen den Weg zum Kunstleben zu bahnen. Der geistig sorgfältigste und energischste Teil schuf die Volkstheater in Berlin und an einigen andern Orten; sie erschlossen der Arbeiterklasse das Theater. Die Bildungsausschüsse der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung breiteten ihre Wirksamkeit schnell auch über das gesamte Gebiet der Kunst aus; neben Kunstabenden und guten Konzerten boten sie der Arbeiterklasse in Büchern und Bilderausstellungen Literatur und Schmuck von gewähltem Geschmack. Diesen Bestrebungen gefell sich nun als neues Glied, als weitere Stufe des Aufstiegs der Arbeiterklasse zu eigenem Kunstbewußtsein, der Volkskunstverlag „Das Bild“.

Die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie haben sich zusammengetan, um in Gemeinlichkeit mit den Arbeitern und Angehörigen der Rechtsdruckerei dieses Unternehmen ins Leben zu rufen als eine Genossenschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Schätze der Meister der bildenden Kunst aller Kulturepochen in vornehmen und originalgetreuen Wiedergaben herzustellen. Die Bildungsausschüsse und die Verhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien in

Berlin haben sich der Genossenschaft angeschlossen, auch die Konsumgenossenschaft wird ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung stellen. Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinns wird ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angestellten und minder-besoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandmaler in geeigneter Rahmung wie zur Sammlung in Mappenform zu erwerben und den Kulturabfall des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Gewerkschaften angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarische Empfinden gemäßige Auswahl der Werke. Drei große Bildwerke werden bereits zum Weihnachtstest er-schienen.

Wir begrüßen freudig diese neue Kulturschöpfung des Proletariats! Der Weg, der hier zur Tat beschriftet ist, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unlieblichen Konkurrenten nicht unbehelligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterklasse auch hinter die Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gestaltung, weiches Innenleben, hartes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Künstlerleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse. Die Bürger von Athen verkümmerten die Schacht, um ins Theater zu gehen — wir gehen zur Kunst, um die Schacht zu gewinnen.

gangen: „Die heutige Maschinenher-Gauverammlung von Rheinland-Westfalen beschließt, in den einzelnen Bezirken eine Urabstimmung vorzunehmen, um einen Überblick über die Stellung der Kollegen zur Frage der Sonntagszeit zu erhalten. Die Verammlung beschließt ferner, daß ab 1. November 1921 die Herstellung der Montagszeitungen zu unterbleiben hat und kein Kollege die Sonntagsarbeit leisten darf. Der Gauvorstand der Maschinenher wird beauftragt, mit der Zentralkommission in Verbindung zu treten, daß diese umgeben das Reichsarbeitsministerium um Verhandlungen erucht, damit endlich die gewährleistete Arbeitsruhe am Sonntag im Buchdruckgewerbe zur Durchführung gelangt. Ferner ist streng darauf zu achten, daß an Montagmorgen nicht vor 6 Uhr gearbeitet wird.“ Vorsitzender Schrock wies lobend auf den Schriftwechsel hin, den er in dieser Angelegenheit geführt hat, und legte seinen Standpunkt dar sowie den der Insanzen. Die nun vorgenommene Abstimmung über den vorstehenden Antrag ergab die einstimmige Annahme. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Anmerkung der Redaktion: Die Frage der Montagszeitungen ist nicht die Angelegenheit der Maschinenher eines einzelnen Gaus. Deshalb kann auch durch eine Resolution nicht ausgesprochen werden, die Herstellung von Montagszeitungen habe zu unterbleiben und kein Maschinenher habe ferner Sonntagsarbeit zu leisten. Die Sanbdeher, Heretopere, Brudner und das Hüssperlonst kommen doch auch für die Montagszeitungen in Betracht. Die Angelegenheit gehört ihrer prinzipiellen Bedeutung wegen vor die Zentralkommission der Organisationsinsanzen. Die Gauvorherrschonferenz im Juli hat sich den Standpunkt der rheinisch-westfälischen Maschinenher nicht zu eigen gemacht, auch unter ausdrücklicher Herorhebung, daß die Sonntagsarbeit keine Sparten-, sondern eine allgemeine Buchdruckerangelegenheit ist. Infolgedessen wäre die Abstimmung des Reichsarbeitsministeriums durch die Zentralkommission der Maschinenher zu beschließen, nicht zu ihrer Kompetenz gehört. Sachverträglich ist die Sonntagsarbeit zugelassen und im einzelnen geregelt. Damit ist jedoch keine Überfreitung der 48-Stunden-Woche ausgesprochen. Es kann kein Zusageverleger verlangen, daß die für die Montagszeitungen gestellte Arbeitszeit zu der 48-Stunden-Woche hinzunimmt. Vielmehr ist die Sonntagsarbeit mit allen Ausschüssen zu beschäftigen, von der Stundenzahl in der gleichen Arbeitswoche in Abzug zu bringen und diese mit 48 Stunden geschäftstägig zu bezahlen. Im Sinne des Gesetzes ist der Abschlußvertrag und die Schlußbestimmungen der Woche gleich. Diese zu überbrücken, kann in der Tat niemand gezwungen werden, und obwohl die Prinzipale bei der Tarifreueuerung im Spätherbst 1921 die Arbeitszeit für Montagszeitungen plus 48 Arbeitsstunden an den Wochentagen haben wollten, bleibt das ein ungeschickliches Verlangen. In Leipzig und Sachsen gibt es um die Montagszeitungen keine Streit, weil schon seit November 1918 die Arbeitsstunden am Sonntagabend dafür zu bezahlen, nicht zu ihrer Kompetenz werden, welche überaus wichtig geachtet werden. In Rheinland-Westfalen besteht aber ein offener Mißstand: es findet keine Beschränkung auf wenige Abendstunden (von 10 oder 12 Uhr an). Das kann und muß mit Hilfe der Behörden und der Insanzen im Gewerbe zu erreichen sein.

△ Offenbach a. M. Bei vollem Besahmte Soule tagte am 21. September eine außerordentliche Bezirksverammlung, die eine inbaltsschwere Tagesordnung zu erledigen hatte. Eingangs wurde die Mitteilung gemacht, daß die Tarifverhandlungen der Buchdrucker in Berlin abgeschlossen seien und demnach in Frankfurt a. M. eine allgemeine Buchdruckerverammlung der Tarifreueung, des Bittens des Rates III. Kattlacher, die folgenden recht zahlreich teilnehmer müchden. Seit etwa vierzehn Tagen stehen die bittigen Schriftleiterkollegen im Streik und eruchen nun um eine Beihilfe. Nach Schilderung der Sachlage durch den Vorsitzenden der Schifer konnten sich die Anwesenden nicht der Bewilligung der erbetenen Beihilfe verschließen und bewilligten dieselbe einstimmig. „Saariger“ ging es bei dem nächsten Punkte der Tagesordnung zu: „Erhebung eines Ertraheltrags für die streikenden Schriftleiterkollegen.“ Worte folgen hinüber und herüber, die besser unterblieben wären, an der Stimmung auch nichts ändernde, da ein Antrag auf 5 Mk. pro Woche gegen eine Stimme angenommen wurde. Solidarität soll doch geübt werden. Mit der Mitteilung des neuen Bezugspreises für die „L. M.“ und dem Appell, fest zum Verbands zu stehen und selbst die Veranstaltungen zu besuchen, erfolgte Schluß der Verammlung.

Treuen-Vengensfeld. (Gründung eines Ortsvereins.) Die in letzter Bezirksverammlung in Vengensfeld gegebene Anregung zum Zusammenschluß der Kollegen beider Städte führte vor kurzem zur Gründung eines Ortsvereins im Verbands. Fast vollständig waren hierzu die Kollegen erschienen. Der Leiter dieser ersten Verammlung gab einen kurzen Überblick über die gegenwärtige schwere Zeit, die Not aller Arbeiter, besonders die der Buchdrucker streikend, und ermahnte alle Kollegen, in den bevorstehenden, vielleicht nicht kampffolten Tagen wie auch für die fernere Zeit treu hinter unsern Führern zu stehen. Allseitig wurde dies anerkannt. Nicht nur die Kollegialität, sondern auch die Fortbildung der Kollegen soll gepflegt werden. Hierzu wurden Vorschläge gemacht, die in nächster Zeit in die Tat umgesetzt werden. Zum Vorsitzenden und Kassierer wurde Kollege Richard Wohlfahrt gewählt. Alle Zulassungen sind an denselben zu richten. Möge der junge Ortsverein ein kräftiges Reis am Verbands werden!

□ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Stündtägliches Zeitungsabläum. Die „Frankfurter Volkszeitung“ (früher „Frankfurter Volksblatt“) in Frankfurt a. M., das führende Organ der Zentrums-partel in Hessen-Nassau, feiert am 1. Oktober das Jubiläum ihres 50-jährigen Bestehens. Die Zeitung hat sich aus kleinen Anfängen emporgearungen.

Verhaftete Banknotenfälscher. Der wegen Ausgabe falscher 50-Markscheine in Neulingen verhaftete Buchdrucker Emil Simon hat bei seiner Vernehmung in Donau-schlingen eingestanden, falsche 50-Markscheine im Werte von 80000 Mk. hergestellt zu haben. Mit seinem Bruder

August Simon wurde die zur Herstellung der falschen Banknoten benötigte Einrichtung beschlagnahmt.

Das Leipziger Zeitungs- und Zeitschriftenwesen Leipzig, das unübertroffen im Herstellungs- und Vertriebsprozesse des Buches ist, ist als Zeitungsstadt andern Städten, namentlich Berlin gegenüber, in den Hintergrund gedrängt. Dem Berliner Buchgewerbe, das im wesentlichen durch den großen Umfang und die ausgezeichnete Organisation des Tageszeitungswezens zu Macht und Ansehen gelangt ist, soll gewiß der Vorrang nicht streitig gemacht werden. Daneben nimmt sich Leipzig mit seinen nur sieben Tagesblättern kläglich aus, mit welcher Zahl es sogar von vielen Städten kleineren Umfanges übertroffen wird. Aber als Verlags- und Druckstadt von Zeitschriften steht Leipzig weit voran, kommt vielleicht gleich nach Berlin, das allerdings noch einen ansehnlichen Vorrang hat. Das „Leipziger Tageblatt“ hat kürzlich darüber eine aufklärende Betrachtung gebracht. Die in Leipzig verlegten oder nur gedruckten etwa 500 Zeitschriften verfallen sich auf 26 Gruppen, von denen 18 in folgender Anzahl Einzelercheinungen aufzuzählen haben: Gewerbe 32, Medizin 51, Politik (einschließlich Tageszeitungen) 82, Mathematik und Naturwissenschaft 24, Philosophie und Altertumswissenschaft 23, Religion 23, Pädagogik 20, Handel und Schiffahrt 19, Frauenblätter 17, Land-, Forst- und Gartenwirtschaft, Fischzucht 15, Rechts- und Staatswissenschaften 13, Literatur und Neuven 12, Sport, Spiel, Turnen, Reisen 12, Verlagswesen 12, Kunst und Kunstgewerbe 9, Chemie und Pharmazie 8, Unterhaltungsblätter 7, Bau- und Ingenieurwissenschaften 6 usw. Aus dieser Zusammenstellung erhellt, daß die wissenschaftlichen Zeitschriften in Leipzig, rein allererst betrachten, führend sind. Aber mehr noch ist in dieser Kategorie die Qualität entscheidend für die Bedeutung der Leipziger Zeitschriftenliteratur. Gibt es doch unter dieser wissenschaftlichen Zeitschriftenliteratur Organe, die, von hervorragenden Gelehrten ins Leben gerufen und geleitet, sich eines internationalen Rufes erfreuen. Unter den wissenschaftlichen Zeitschriften befinden sich auch solche, die auf eine lange Tradition zurückblicken können.

Zur Neuregelung des Steuerabzugs für Werbungskosten. Wie bekannt, ist im neuen Lohnsteuergesetze vorgesehen, daß mit dem 1. November d. J. der bis dahin geltende Satz von 8,40 Mk. wöchentlich für Werbungskosten nur noch mit 3,60 Mk. berechnet werden soll. Wenn auch bei höheren Aufwendungen (und das wird bei der steigenden Entwertung des Geldes bei jedem zutreffen) beim zuständigen Finanzamt eine Erhöhung beantragt werden kann, so dürfte jedoch bei der Engbergigkeit untrer Steuerbehörden bei Einzelanträgen wenig Entgegenkommen gezeit werden. Es erscheint angebracht, daß von den maßgebenden gewerkschaftlichen Verbandsvorständen und Gewerkschaftskartellen sowie politischen Körperlichkeiten Schritte unternommen werden, um es auch nach dem 1. November, bei dem Satz von 3,60 Mk. für Werbungskosten zu erhalten. Es wäre ferner ratsam, die bestehenden Verhältnisse in diesen Vorlagen, die demnächst weite Kreise der Arbeiterchaft einmünden erklären: Der Satz von 3,60 Mk. deckt nur den geringsten Teil der Werbungskosten, unter die die Ausgaben pauschal gerechnet werden für Bahnfahrt oder Fabrrabbenutzung zur Arbeitsstelle, Arbeitsanläge, Beiträge für Kulturanlagen und gemeinnützige Zwecke, Gewerkschafts- und Parteibeiträge, Weiterbildung im Beruf usw. Es erscheint angebracht, daß sich die Arbeiterchaft bezüglich der Steuerliche der Bestehenden mehr Aufklärung verschafft, damit sie um so mehr ihre steuerrechtlichen Rechte wahr.

Geneignung für die Opfer von Oppau. Die umfangreiche öffentliche und private Hilfsstätigkeit für die Opfer von Oppau, an der sich auch in rühmlicher Weise das Ausland beteiligt, ist ein Beweis dafür, daß noch nicht alle Menschlichkeit erloschen ist, die durch den Krieg und seine Folgen arg zersaßt wurde. Nichtsdestoweniger lind aber weitergehende Maßnahmen notwendig. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund geben zu der Hilfsaktion für Oppau folgende gemeiname Stellungnahme bekannt: „Die erschütternde Katastrophe von Oppau, hervorgerufen durch die Entzündung bedeutender Massen erpsolbarer Stoffe in unmittelbarer Nähe einer Ortschaft und hundert Tausender von Beschäftigten weit gebieterisch auf die Notwendigkeit des sofortigen Eingreifens der Gesegebung hin. Einmal müssen die durch die Katastrophe als völlig unzulänglich erwiesenen Unfallverhütungsvorschriften einer grundlegenden Nachprüfung unterzogen werden, unbedenklich der mit allem Nachdruck durchzuführen Ermächtigung über schuldhafte oder fahrlässige Verstöße. Die bestehenden, völlig ungenügenden Unfallentschädigungsbestimmungen, und zwar sowohl an Sach- wie Leibesbeschäden, machen die sofortige Angriffsnahme einer Reform des geltenden Rechts, insbesondere der Unfallversicherung, der A.V.D. notwendig. Zur sofortigen Linderung der entstandenen Notlage ist durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß eine der Geldentwertung Rechnung tragende Entschädigung der von dem Unglück Betroffenen oder ihrer Hinterbliebenen zu zahlen ist. Bis zur endgültigen Festsetzung der Entschädigungssummen sind Anzahlungen in angemessener Höhe zu leisten. Zur Deckung der zu leistenden Entschädigungssummen sind die mit dem Oppauer Werke verbundenen Industriekongzerne in stärkstem Maße heranzuziehen.“

Die Hilfe für Rußland. Der Internationale Gewerkschaftsbund verfügt bereits über eine gesammelte Summe von 10 Millionen, die zur Linderung der russischen Hungersnot bestimmt ist. Dieser Betrag wird sich wahrscheinlich verdoppeln, wenn er bis zur Zeit noch ausbleibenden Berichte der übrigen Länder eingelaufen sind. Timmen weist zur Zeit in Berlin, um Medikamente anzukaufen, den Transport zu organisieren und eine wirk-

same Kontrolle der Verteilung sicherzustellen. Der Sekretär des Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für Rußland, Mäuzenberg, hat dagegen in dem von ihm herausgegebenen „Zusammen“ am 5. September in einem Artikel: „Die Hungernden können warten“, den Wunsch zu erwecken versucht, als verschleppe der Internationale Gewerkschaftsbund durch gemächliche Arbeit die Hilfe für Rußland. Die kommunistische Presse hat dafür gelogert, diesem verleumderischen Vorwurfe weitestehende Verbreitung zu geben. Der Internationale Gewerkschaftsbund bricht auch in einem Aufrufe: „Bekämpfe die Reaktion, bestreue dem russischen Volke!“, für das russische Proletariat eine Lanze: „Die Gefahr besteht, daß die Hilfe für das hungernde russische und georgische Volk in den von der Mehrheit betroffenen Gebieten von den Feinden der russischen Revolution in Rußland selbst wie in Westeuropa zu Mordenschaften benutzt wird, um die Sowjetregierung zu stürzen. Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur das Signal zum Entschädigungskampfe der Gegenrevolution. In den Ländern Westeuropas, auch in den Ländern der Balkan, in den Ländern der Revolution, gewinnt die Reaktion mit jedem Tag an Boden. Die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß die reaktionären Mordenschaften Erfolg haben. Schon einmal hat der Internationale Gewerkschaftsbund im vergangenen Jahre der Reaktion die zum Schlag erhobene Waffe aus der Hand geschlagen. In Hunderttausenden sterben die Kinder in Rußland. Millionen erwarten das gleiche Schicksal, wenn nicht rasch, ohne verfechtete Abstände, geholfen wird. Der nach Rußland entsandene Vertreter des Roten Kreuzes, Nanzen, befragt die Nachrichten von den schrecklichen Zuständen in den Hungergebieten. Soll diese unbeschreibliche Not zu gegenrevolutionären Intrigen mißbraucht werden? Die Hilfsaktion für Rußland muß zu einer machtvollen Kundgebung des ganzen Proletariats werden — eine Warnung an seine Feinde. Mit selbstloserem Opferinn als je müssen die Arbeiter die Sammlung der Gewerkschaften unterstützen, mit denen der Internationale Gewerkschaftsbund den bedrückten Genossen in Rußland und Georgien Hilfe bringen will.“ Die verleumderischen Anwürfe von Mäuzenberg und Genossen können und dürfen diese Hilfsaktion nicht beeinträchtigen!

„Vern! Stenographie!“ Ein logenanner Altationsleiter des Arbeiter-National-Genographenverbandes sendet an die Presse einen gedruckten Aufruf mit vorstehender Gleichmarke, der mit vorgeschickter Sachlichkeit auf den Nutzen der Stenographie hinweist, in Wirklichkeit aber eine Anpreisung der Nationalstenographie ist. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wendet sich gegen diesen Aufruf, weil er die Ausschließen für einen Stenographieklubgen Arbeiter, in eine bessere Stellung zu kommen, allzu rosig malt, und weil darin zu guter Letzt die Generalkommission in dreister Weise als Zustimmterlebens bezeichnet wird, ohne daß ihr selbst davon etwas bekannt ist. Die Stadt Braunschweig liebt vor der Erziehung einer Kulturschule, die vorbildlich für ganz Deutschland werden kann. Von einer Genossenschaft, an der der Staat, die Stadt, der Ausschluß für Volksbildung, die Deutsche Bank und eine Filmfabrik beteiligt sind, wird ein größeres Lichtspieltheater gepachtet, in dem nur Kulturfilme zur Vorführung gelangen sollen. Die Vorführungen sind zunächst für die Schule und dann auch für die weitere Öffentlichkeit gedacht. Im Freistaat Lippe ist man, um den Kinochmuck von den Kindern fernzuhalten, dazu übergegangen, den Lehrfilm anstelle in den Schulen einzuführen. In andern Städten, wie beispielsweise auch in Leipzig, werden auf Veranlassung der Lehrerschaft besondere Programme für Schulkinder zusammengestellt und das Kino dann nach entsprechender Prüfung klaffenweils beucht.

Internehmer und Genossenschaften in Polen. Ein interessantes Abkommen ist nach der Beendigung des Streiks in der polnischen Industrie getroffen worden, wonach die Internehmer sich verpflichteten, für jeden Arbeiter 1500 polnische Mark an eine Arbeiterkonsumgenossenschaft einzuzahlen. Dieser Betrag wird zum Anfall des Arbeiters in der Genossenschaft, den er vor dem Ablauf von zwei Jahren nicht zurückgeben darf.

Vom dänischen Büchermarkt. Kürzlich tagte in Kopenhagen der nordische Schriftstellertongreß. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Statistik des dänischen Buchhandels ausgearbeitet, aus der hervorgeht, daß Dänemark eines der leistungsfähigsten Länder ist. Im Jahre 1918 wurden für 18 Mill. Kr. Bücher verkauft — bei einer Gesamtbevölkerung von 2 1/2 Millionen eine ungemein hohe Ziffer. Dazu kommt nun noch die große Zahl der Volksbibliotheken (über 700), aus denen im vorigen Jahr über 2 Millionen Bücher ausgeliehen wurden. Der geleseste dänische Schriftsteller ist immer noch Holger Drachmann, von dessen Schriften 685 000 Exemplare verkauft wurden.

□ □ □ □ Literarisches □ □ □ □ □

„Die Schwelle.“ Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend. Herausgegeben von Rudolf Schwarzkopff. Dieses Buch, eine Auswahl von Prosa und Prosa untrer großen Dichter und Politiker, unter denen Goethe und Schiller sowie Marx und Engels nicht fehlen, ist besonders für Jugendweihen und Schulunterrichtszwecke geeignet. Aus dem Lande der Kindheit in die reiferen Bezirke des Lebens führend, zeigt die „Schwelle“ der heranwachsenden Jugend den Weg, der zu lesterer Verankerung in die Schätze des Weltes leitet und erfüllt sie zugleich mit Freude und Begeisterung. Arbeit und Eiferheit, Kampfesmut und Zurechtfinden. Die Zeichnungen von Hans Buchholz erhöhen die Wirkung. Preis 12 Mk. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin C2, Breite Straße 8/9. (Merz eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag III bei Bestellung gleich mitzusenden.

Beilage zu Nr. 114 — Leipzig, den 1. Oktober 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

VIII. Internationaler Buchdruckerkongress

(3. Fortsetzung)

Punkt 8 der Tagesordnung mit den bedeutungsvollen Fragen:

Anschluß der dem Internationalen Buchdruckersekretariat noch fernstehenden Verbände und Zusammenschluß der kleinen Organisationen

wird schon am zweiten Tage zur Beratung gestellt, da der englische Delegierte infolge Ausbruch eines größeren Streiks dabei zu frühzeitiger Abreise gezwungen ist. England, Rußland und der Zusammenschluß zu Landesorganisationen bilden die eigentlichen Debatteobjekte.

Die Anschlußfrage Englands

behandelt zunächst Sekretär Verdan: Der Verband der Maschinenmeister und Hilfsarbeiter in England habe schon im Januar verlangt, angeschlossen zu werden. Da aber diese Spartenorganisation nur ein Teil des allgemeinen englischen Verbandes sei, habe man den Antrag zurückgestellt, bis die Hauptorganisation sich angeschlossen habe. Der französische Vorsitzende Liouhon habe gelegentlich eines Kongresses in London persönlich Fühlungnahme genommen und für den Anschluß gewirkt. Der allgemeine englische Verband sei eine föderale Organisation, der viele Einzelverbände angehören. Die Steindruck- und Lithographen sowie die Buchbinder Englands gehören ihren Internationalen bereits an. Man habe aus England dem IBSG zwar mitgeteilt, daß eine Urabstimmung in der Anschlußfrage vorgenommen werden solle, aber zu hören war darüber bis jetzt noch nichts.

French übermittelt zunächst die Grüße der Typographical Association in England. Man habe immer warme Sympathie für die Buchdruckerinternationalen gehabt. Der Anschluß an sie ist eine Notwendigkeit zu nennen. Habe er hier auch noch kein Stimmrecht, so hoffe er doch bald als vollberechtigtes Mitglied in diesem Kreis erscheinen zu können. Der Stuttgarter internationale Kongress im Jahre 1912 habe die Anschlußfrage bei ihnen in den Vordergrund gestellt. Dann kam der Krieg und unterbrach wieder alles. Liouhon habe bei seinem Besuche gefunden, daß bei ihnen Sympathie für den Anschluß vorhanden ist, daß aber nicht unerhebliche Schwierigkeiten noch überwunden werden müssen. Selbst hätten sie englischen Kollegen schon seit Wochen größere Kämpfe zu führen, die Prinzipale wollen beträchtliche Verbesserungen durchsetzen. Trotzdem hoffe er, daß der Anschluß recht bald zustande kommt, denn alle Buchdrucker gehören zusammen in einer großen Internationalen. Die englischen Buchdrucker seien führend in den englischen Gewerkschaften. Es sei hohe Zeit, daß alle Buchdrucker zusammenstehen und für ihre wirtschaftlichen Verhältnisse kämpfen; auch die amerikanischen, die kanadischen und die australischen Organisationen müßten sich anschließen. In England gebe es noch die große Londoner Segegesellschaft, den schottischen Verband und die Spartenorganisationen; alle zusammen bilden ein Kartell. Er werde immer für die internationale Sache eintreten.

Magnari erwähnt mit einer Mahnung zu vorstelligem Operieren, wie in Rumänien die Regierung gegen die Gewerkschaften vorgeht.

Kotkenstein meint, der dem englischen Vertreter nach seiner Rede gezollte starke Beifall wäre verfrüht. Er wäre durch Frenchs Ausführungen nicht gedeitert geworden. Was sei von England schon alles auf früheren internationalen Kongressen versprochen worden und was gehalten davon? Nicht einmal zur Gegenseitigkeit sei man gekommen, die doch als Vorstufe der Internationalität betrachtet werden müsse. Wie die englische Regierung den Standpunkt der Splendid isolation aufgegeben habe, so müßten auch die englischen Kollegen von der übrigen abgehen.

Krabl möchte nach dem von French Gehörten darauf aufmerksam machen, daß wohl drei Delegierte angemeldet waren aus England, aber nur einer erschienen sei. Die Vertreter der Spartenorganisationen wären ja verbunden, zu kommen, warum seien aber nicht wie in Stuttgart 1912 neben dem allgemeinen englischen Verbande (dem sogenannten Provinzverbande) die Hauptorganisationen Londoner Segegesellschaft und Schottischer Verband hier vertreten? Darf French in der Anschlußfrage auch in deren Namen sprechen? Da die englischen Gewerkschaften in der Gewerkschaftsinternationalen die erste Reihe bilden, so sei es doch sehr merkwürdig, daß bei den Buchdruckern nur erst eine Spartenorganisation ernstlichen Willen zum Anschlusse zeige.

Liouhon ermahnt, nicht England so herauszunehmen, alle noch fernstehenden Länder müßten herangezogen werden zu uns, das IBSG habe ja dahingehend schon Anstrengungen gemacht. Spanien habe aber wegen der dort herrschenden Reaktion nicht beitreten können. Nordamerika wolle im August auf seinem Kongress darüber sprechen; erfahren konnte man jedoch noch nichts. Er habe bei seiner Anwesenheit in London den leitenden Personen gegenüber alles vorgebracht. Man habe ihm

zu verstehen gegeben, die Engländer seien in der Anschlußfrage vorsichtig und sogar etwas mißtraulich. Die Londoner Segegesellschaft lieh immerhin entgegenkommen durchblicken. Aus dem Buchdruckerkongress in Brighton sollte eine Aussprache stattfinden und danach war Vornahme einer Urabstimmung vorgesehen. Es sei ja möglich, daß wenn der englische allgemeine Verband zur Internationalen kommt, daß dann alle englischen Organisationen mitgehen; sollte es aber anders kommen, dann müsse der Maschinenmeister- und Hilfsarbeiterverband aufgenommen werden, um Breche schlagen zu können.

French bemerkt gegenüber Kotkenstein, daß die Anschlußfrage jetzt in England etwas in den Hintergrund getreten sei, da sie viel Arbeitslose haben und Abwehrstreiks jetzt an der Tagesordnung wären. Soeben sei in Birmingham ein größerer Seherstreik ausgebrochen, weshalb er zurückgerufen werde. Mitglieder von angeschlossenen Verbänden würden auch von ihnen schon seit längerer Zeit als Mitglieder anerkannt. So könne es einwilligen bleiben. Arbeit jetzt in England zu bekommen, sei ausgeschlossen. Krabl müsse er erwidern, daß er nur als Präsident des englischen Verbandes hier wäre; er repräsentiere 42000 Berufsgenossen. Für die Londoner Segegesellschaft und den schottischen Verband besitze er kein Mandat, die gewöhnlichen Erklärungen abzugeben. Die Londoner Segegesellschaft zähle 14000, der schottische Verband 5000, die Organisation der Maschinenmeister und Hilfsarbeiter 3000 Mitglieder. Man habe den Versuch unternommen, erst einmal in Großbritannien zu einer einheitlichen Organisation zu gelangen, aber das sei noch nicht gelungen. Der Anschluß an die Internationalen bereite daher noch größere Schwierigkeiten. Ihre Mitglieder würden wohl aufgeklärt über die Verhältnisse und die Vorgänge in andern Ländern. Aber das müsse noch allgemeiner geschehen, dadurch würde die Anschlußfrage gefördert. Sie müßten alle Mitglieder befragen, die Erhellung könne in der Sache nichts allein machen. In England sei eben eine andre Atmosphäre vorhanden. Im Augenblick wäre der Anschluß noch nicht möglich; von ganzem Herzen werde er aber alles tun, ihn herbeizuführen.

Schlumpf hält es für notwendig, in der Anschlußfrage mit einer Resolution allgemeinen Charakters im ausdehnenden Sinne von Liouhon die Meinung des Kongresses zum Ausdruck zu bringen.

Darff, bezüchtelt die Anschlußfrage als die wichtigste des Kongresses, man könne darüber nicht so schnell hinweggehen. Die zu fassende Resolution müsse jedes Land konkret behandeln.

Bruno betont, daß auf dem Kontinent ein größerer Drang zum Zusammenschlusse bestehe, weil überall die Reaktion im Anmarsche sich befinde. Aber die englischen Unternehmer und Prinzipale wären doch auch zur Offensive übergegangen. Die englischen Kollegen könnten also bald den internationalen Bestand gebrauchen. Zwingen könne man sie allerdings nicht. French solle aber alles tun, den Anschluß zu fördern.

Schlumpf erklärt, der Kongress könne gewiß keinen Nachspruch für die noch fernstehenden Länder fällen. Die Resolution würde am besten so zu fassen sein, daß sie alle Seiten dieser Frage erlasse.

Krabl wünscht darauf, daß in der Resolution auch das Erforderliche über Belgiens Beileistungen gesagt werde, denn der Kongress könne doch an diesem Verhalten nicht vorübergehen.

Am dritten Tage wird die Beratung des Punktes 8 fortgesetzt und nun

das Anschlußbegehren Rußlands

behandelt, wobei zunächst Verdan den Hergang bis jetzt schildert durch Verlesung eines Briefes vom Allrussischen Industrieverbande der polygraphischen Gewerbe aus dem April, in welchem Anschlußbegehren an das Internationale Buchdruckersekretariat in Bern zum Ausdruck kommt. Es werden darin präzisiertere Angaben über die Mitgliedergruppierung gemacht. Unterstützungsrichtungen beständen nicht, weil das Ganze des Staates wäre. Streikunterstützung wäre nicht notwendig, da die Macht an die Arbeitererschaft übergegangen und ein wirtschaftlicher Gegner also nicht vorhanden sei. Der (kurz genannt) Polygraphische Verband wäre zwar keine reine Buchdruckerorganisation, aber das könne kein Hindernis bilden, der Internationalen beizutreten. Die Internationale Sekretariatskommission habe daraufhin beschlossen, zur Klärung verschiedene Fragen an die russische Organisation zu richten; so habe man gefragt, ob noch andre Buchdruckerorganisationen beständen und was aus den Vorstandsmitgliedern des von der Sowjetregierung aufgelösten Moskauer Verbandes geworden wäre, die in das Gefängnis geworfen oder interniert wurden. Das Schreiben sei aber zurückgekommen mit dem Vermerk „Keine Beantwortungsgelegenheit“. Man habe dann den angegebenen Weg über den russischen Geschäftsträger in Berlin benutzt, aber auch so sei Antwort ausgeblieben.

Schlumpf ergänzt diese Schilderung noch und betont, die von den russischen Vertretern bei Eröffnung des Kongresses angehängte Übermittlung ihrer Mandate von Berlin aus sei noch nicht erfolgt. Die beiden Kollegen

könnten also nicht als Delegierte betrachtet werden, sondern hätten nur als Gäste zu gelten.

Gordon erbittet zunächst das Wort und übermittelt die Grüße der russischen Kollegen im allgemeinen sowie die des Petersburger Vereins, dessen Vorsitzender er sei. Im besondern. Ihre Mandate hätten sie nicht selbst mitgebracht, um an den Grenzen durchzukommen. Sie sollten auf dem Postwege nachfolgen, aber darin seien sie sich nun gefaßt. Er will hier keine Rede über Rußland halten. Die Verhältnisse sind recht schwierige. In Österreich ist die Valuta sehr schlecht, in Rußland aber ganz milerabel. Im vergangenen Jahre hätten die Buchdrucker 4000 Rubel monatlich Lohn gehabt, jetzt erhalten sie 100000 Rubel im Monat, was eigentlich nur Geld für die Straße, also Taschengeld sei (Seiterkeit); der Staat lorge ja sonst für alle Lebensbedürfnisse. Im Polygraphischen Verbande seien außer Zentralrußland alle Republiken (Weißrußland, Ukraine usw.) vertreten. Es wären 85000 Mitglieder in 75 Gouvernementsabteilungen vorhanden. Die in dem Schreiben vom April angegebenen Zahlen stimmen nicht, er könne aber im Augenblick nicht mit neuem Material über ihre Mitgliederverhältnisse aufwarten. Die Entwicklung in den drei letzten Jahren bedrückte noch nicht. Die Tariffrage kennen sie nicht so wie in den andern Ländern. Da bei ihnen die Diktatur des Proletariats bestehe, brauchen sie auch keine Tarifverträge; die Regierung der Arbeit sei bei ihnen das, was man sonst einen Tarif nenne. Die Gewerkschaften in Rußland seien vollständig frei, und ihre eigene Organisation wäre neutral. Die Regierung sei abhänig von den Gewerkschaften; es fände gegenseitige Unterstützung statt. Der Anschluß wäre für sie nur eine Organisations-, keine Prinzipienfrage. Sie haben den Wunsch, mit allen Buchdruckerorganisationen der Welt zusammenzugehen, deshalb wollen sie auch der Internationalen angeschlossen sein.

Schlumpf konstatiert, daß Gordon auf die vom IBSG nach Rußland gerichteten Anfragen auch jetzt noch nicht eingegangen sei; man wolle aber klaren Bescheld haben, weil es mit den Moskauer Buchdruckern stehe.

Gordon antwortet nunmehr, ein Teil der Moskauer Kollegen befinde sich jetzt bei ihnen in der Organisation. Tscherepoff, sein Mitdelegierter, habe früher ebenfalls dem Moskauer Verband angehört, jetzt sei er in dem Polygraphischen Verband angetreten. Das sei doch ein Beweis für ihre Duldsamkeit. Es wolle eben alles vom politischen Boden ausgehen, nicht vom herkömmlichen. Die Menschewiki wollten sich am Kongress 1920 nicht beteiligen, wollten illegal weiterbestehen bleiben. Der Polygraphische Kongress habe aber beschlossen, sie müßten sich angliedern. Dem kam man nicht nach. Als dann der Einfall der politischen Banden kam, hätten die Führer mit diesen konspiriert. Deshalb wären sie verhaftet worden, aus keinem andern Grund. In ihrem Verbanne gebe es auch jetzt noch Meinungsverschiedenheiten, aber alles stehe zur Regierung.

Schlumpf will von Gordon ganz präzis die Frage beantwortet wissen: Sind die Moskauer Führer noch inhaftiert?

Gordon glaubt sagen zu können, daß alle frei sind, meint aber, in Deutschland wären doch auch Buchdrucker aus politischen Gründen inhaftiert, dagegen erhebe der Kongress aber keinen Einwand. (Widerpruch.)

Solde man vernag durch Informierung eines im Kongressjahre ammelnden Schweizer Kollegen, der Teilnehmer am polygraphischen Kongress zu Moskau im Juni war, mitzuteilen, daß jetzt alle befreit seien; die Strafe habe im Höchstmaße neun Monate betragen.

Krabl betont, daß man zur Erörterung der Vorgänge bei den russischen Buchdruckern einen vollen Tag gebrauchen müßte, aber die Zeit lasse das nicht zu. Er wolle deshalb Gordon und dem andern Vertreter, gegen die man persönlich ja nichts habe, nur sagen, daß man genau unterrichtet sei über die Vorgänge und daß darüber auch viel authentisches Material, Auftrufe im Wortlaut usw., vorhanden sei. Es sei nicht richtig, wenn gesagt wird, die inhaftiert gewesenen Moskauer Buchdruckerführer hätten durch ihr Liebaugen mit den einfallenden Polen ihr Schicksal selbst herbeigeführt. Das stimmt schon zeitlich nicht, denn bis Ende 1918 geben die Prozesse und Volkshere der aufgelösten Moskauer zurück. Ihre Organisation mußte eben zwangswelse bolschewistisch werden, das ist der wahre Grund. Hier handle es sich vor allem darum, wie sich die russischen Vertreter und ihre Organisation zur Gewerkschaftsinternationalen stellen; man kann doch nicht zu Amsterdam und Moskau gehören, das gäbe ja einen Zwiebeltschlaufen.

Liouhon meint, man könne hier nicht über die russischen Verhältnisse diskutieren. Die russische Organisation sei eine offizielle Einrichtung, die großen Einfluß auf die Regierung besitze. Deshalb wollen die Russen unserer Internationalen beitreten; um wirklich mitzuarbeiten oder andre Bestrebungen zu verfolgen? Er zeige nicht nach der russischen Freiheit. Existiert nun in Rußland eine von der Sowjetregierung unabhängige gewerkschaftliche Internationalen oder eine abhängige? Wenn das letztere der Fall, dann können wir die russische Organisation nicht aufnehmen, weil sie dieser doch angehören werde. Der französische Gewerkschaftskongress in Lille letzten habe das

Verbot ausgesprochen, zwei Internationalen anzugehören. Die Frage ist nun die: Gehört der russische Verband einer Internationalen an, die unsere Gewerkschaften zertrümmern will?

Wiesenberg will auf die früheren Vorgänge in Russland auch nicht eingehen, er verlangt aber bestimmte Antwort, ob der russische Verband der Dritten (kommunistischen) Internationalen angehöre. Wenn der Buchdruckerinternationalen auch Organisationen angehören dürfen, die auf Moskau schwören, dann müsste die ungarische Organisation erzwungen, ob sie noch hierher gehöre.

Bruno spricht für Zulassung der Russen zum Internationalen Buchdruckersekretariat. Das häufig nur aus Zeitungstimmen gewonnene Misstrauen gegen Russland sei groß. Vielleicht könnten auch wir Russland, wo allerdings alles stark im Schwanken sei, noch einmal gebrauchen.

Schlump erklärt, gegen die Zulassung der russischen Vertreter hier auf dem internationalen Kongress habe kein einziger Redner gesprochen. Ob der russische Poligraphische Verband aber ausnahmsmäßig in die Buchdruckerinternationalen sei, wäre eine andre Frage. Es müsse Klarheit werden darüber, ob die russische Organisation die Verantwortlichkeiten erfüllen könne; ob sie imstande sei, das Vorkommnis zu zahlen und bei Krankheit den gegenseitigen Mitgliedern Unterstützung zu gewähren usw. Die Frage der Dritten Internationalen sei dann auch noch ein wichtiger Punkt.

Goldmann muß auch fragen, warum die Russen eigentlich dem IZS beitreten wollten. Wenn sie der roten Moskauer und der von den Kommunisten als gelb beschimpften Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen zugleich angehören wollen, dann hätten sie ja zwei Seelen in ihrer Brust. Wollen die Russen die Zugehörigkeit zum IZS als Sprungbrett benutzen, bei uns die Organisationen auseinanderzureißen? Sie könnten ja nicht einmal die formellsten Voraussetzungen für den Beitritt zum IZS erfüllen. Die Kommunisten geben immer vor, mit den Gewerkschaften zu kämpfen, in Wirklichkeit kämpfen sie gegen uns. Er unterbreite in der Frage Amsterdamer oder Moskau dem Kongress eine Resolution, damit auch in dieser wichtigen Frage Klarheit geschaffen wird.

Klein bemerkt, man wolle sich zu den beiden russischen Kollegen gar nicht unfreundlich stellen, aber unbedingt müsse Klarheit werden über ihre Stellung zur Gewerkschaftsinternationalen.

Selb ist der Ansicht, die von Goldmann vorgelegte Resolution könnte falsch aufgelagt werden. Er empfehle deshalb eine von ihm vorgenommene Formulierung.

Sicherepoff als der andre russische Vertreter ergreift nachdem das Wort: Jedes Land hat seine besondere politische und wirtschaftliche Konstellation. Die russischen Gewerkschaften stellen deshalb auch eine ganz neue Form dar. Wenn man dem Internationalen Buchdruckersekretariat beitreten wolle, dann gebe das doch keinen Anlaß, von zwei Seelen zu sprechen. Früher haben dem IZS, auch schon Organisationen angehört, die innerlich nicht übereinstimmten. In einer Zeit wie jetzt gehören aber alle Organisationen zusammen. Unbekümmert um die Abweichungen der politischen Parteien haben doch jetzt bei den großen Demonstrationen in Deutschland gegen die Feinde der Republik alle Arbeiter an einem Strang gezogen. So denken auch sie sich das Zusammengehen mit den Buchdruckern aller Länder. Die Frage Moskau oder Amsterdamer dürfe nicht ausschlaggebend sein, denn das sei eine politische Frage. Ihre Organisation gehöre der Dritten Internationalen eigentlich nicht an, aber durch die Zugehörigkeit zur roten Gewerkschaftsinternationalen indirekt. Er wiederhole den Wunsch um Aufnahme in die Buchdruckerinternationalen.

Tost erhebt, keine Resolution anzunehmen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß seine Organisation sich demnächst für Moskau entscheide, wenn er auch wünsche, daß der Entschluß anders ausfällt.

Sochstraffer schildert kurz, daß auf dem vorjährigen internationalen Buchdruckerkongress in Bern man den zu spät erscheinenden Russen mit einer Verlängerung der Tagesordnung entgegengekommen sei. Die beiden russischen Vertreter hätten dann ein sehr brüsktes Benehmen an den Tag gelegt, hätten sich als ganz unkundig in den westeuropäischen Verhältnissen gezeigt und sogar selbst eine Resolution gegen Amsterdamer eingebracht. Ihr Kongress sei dann einschneidend der italienischen Delegierten sehr schnell kurziert gewesen und zur glatten Ablehnung des russischen Standpunktes gekommen. Die russischen Vertreter hier auf dem Wiener Kongress stehen vorteilhaft von denen in Bern ab.

Danoff hebt hervor, daß der Kongress durch die stundenlange Beratung den russischen Vertretern Wohlwollen genug gezeigt habe. Man wolle trotzdem nicht einmal, ob man es mit Vertretern der russischen Organisation, überhaupt mit Buchdruckern, oder mit Abgeordneten der russischen Regierung zu tun habe. Eine klare Antwort werden wir nicht erhalten von ihnen. In Bulgarien hat sich eine kommunistische Organisation der Buchdrucker gebildet. Bei einem Buchdruckerassistenten hat deren Führer, ein früheres Mitglied des Exekutivkomitees der Dritten Internationalen, keine Organisation Streikbrecherdienste verrichten lassen, auch bei den Eisenbahnern hätten die Kommunisten eine solche Rolle gespielt. (Bewegung.) Er müsse sich hier gegen den Anschluß der Russen aussprechen.

Gordon protestiert lebhaft gegen Danoff, daß sie nicht als Buchdrucker angesehen werden könnten; er habe früher mit Wiener Kollegen zusammen gearbeitet und sei auch Kollegen aus andern Ländern als Funktionär bekannt geworden. Der von Danoff so angegriffene bulgarische Kollege könne gar kein Streikbrecher sein, denn er sei zu diesem Kongress als Delegierter gewählt, was

durch die hiermit dem Präsidium überreichte Vollmacht bewiesen sei (Heiterkeit). Er könne nicht behaupten, daß hier nicht alles aufgelöst werden könne über die Vorgänge in Russland bei den Buchdruckern, aber Tatsache sei es, daß der Moskauer Verband disziplinwidrig gegen den Kongressbeschluss gehandelt habe und deshalb aufgelöst sei. Man habe ja in Deutschland den Hilfsarbeiter Streikvereine ausgeschlossen wegen seiner Teilnahme an dem russischen poligraphischen Kongress; man dürfe also doch auch keine Disziplinlosigkeit. Wenn sie aufgenommen würden, dann würde die Buchdruckerinternationalen noch nicht zum Zweibeinlichlaufen. Er habe bis jetzt gar nicht gewußt, daß das Internationale Buchdruckersekretariat zu Amsterdamer liege. Der Streik der Gewerkschaftsinternationalen habe doch mit dem IZS nichts zu tun, in dem ja nur die Berufsorganisationen der Buchdrucker vertreten seien. Er persönlich gehöre zur Dritten Internationalen und müsse deshalb die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen bekämpfen. Das IZS, aber sei doch unpolitisch; sie unterwerfen sich dessen Statut, weil sie das sehr wohl anerkennen können.

Schlump erklärt, das von Gordon überreichte Mandat für den Vorsitzenden einer Abspaltung in Bulgarien sei gegenstandslos für den Kongress; das IZS habe keine Verbindung mit jener Gruppe. Von der russischen Organisation liege ein formeller Aufnahmeantrag gar nicht vor; die mündlichen Ausführungen hier können das Geben eines solchen nicht ersetzen. Aber die Aufnahme der russischen Organisation dürfe also jetzt schon aus formalen Gründen nicht entschieden werden. In Sachen der Internationalen könne man nicht mit dem einen Auge weinen und mit dem andern lachen. Eines Tages, wenn die russischen Arbeiter wieder zur Klärung und Vernunft gekommen seien, wäre uns auch die russische Organisation der Buchdrucker im IZS willkommen.

Gordon erhebt noch, die Frage der Internationalen von der Aufnahmefrage zu trennen (Protestrufe).

Gegen zwei Stimmen erfolgt sodann die Annahme folgender Resolution:

Der VIII. Internationale Buchdruckerkongress stellt sich in Übereinstimmung mit den Gewerkschaftsorganisationen aller Länder auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen. Demgemäß können der Buchdruckerinternationalen nur solche Organisationen angeschlossen oder beitreten, die auf dem gleichen Boden stehen.

Der Zusammenschluß der kleinen Organisationen bilde eigentlich den Anfang der großen Aussprache über die Anschließfragen. Verband schildert die durch Grenzverchiebungen eingetretene Zerplitterung. In der Tschechoslowakei sei es am schlimmsten. Dort bestehen jetzt vier Organisationen. Auf dem Buchdruckerkongress der Tschechoslowakei wurde jedoch der organisatorische Zusammenschluß angenommen. Der Mährische Buchdruckerverein hat dazu aber ablehnende Stellung eingenommen. Das IZS muß wie früher darauf halten, daß in jedem angelsächsischen Lande nur eine Buchdruckerorganisation besteht; es kann im besondern nicht hingenommen werden, daß die tschech. Gewerkschaften durch Grenzveränderungen infolge des Krieges einer Vielzahl der Organisationen weicht. Deshalb hat das IZS den nebenbei bestehenden Organisationen eröffnet, sie müßten innerhalb sechs Monaten in der Hauptorganisation des Landes aufgehen, andernfalls könnten sie nicht länger als Einzelverband dem IZS angehören. Der Slowakische Verein sei einzuweisen aufgenommen worden unter der Bedingung, mit dem allgemeinen Verband in der Tschechoslowakei den Zusammenschluß herbeizuführen.

Thurner erklärt, der Kongress möge nur in diesem Sinne beschließen, dann würden die Kollegen vom Mährischen Vereine dem nachkommen.

Schlumpj erhebt, die Internationale Sekretariatskommission zu beauftragen, da ja nicht in jedem Jahr ein internationaler Kongress stattfinden könne, dahin zu wirken, daß die kleinen Verbände in einem Lande sich zusammenschließen. Die Frist dazu könne, da in dieser Richtung, wie berichtet, schon die notwendigen Schritte unternommen seien, kurz bis Neujahr 1922 festgelegt werden.

Der Kongress ist damit einverstanden. Bei Beginn des vierten Verhandlungstags wird dann der Punkt 8 mit einstimmiger Annahme folgender Resolution abgeschlossen:

Der VIII. Internationale Buchdruckerkongress in Wien erblickt angelegentlich der gewaltigen Konzentration des Kapitals in einer länderlosen Zusammenfassung der Verbände aller Länder das wirksamste und sicherste Mittel der Gegenwehr. Er richtet an alle dem Sekretariat noch nicht angeschlossene Organisationen den dringenden Appell, bisherige Vorurteile fallen zu lassen, und in der solidaren Mithilfeleistung gegenüber den Berufsangehörigen aller Länder das höchste Ziel der Arbeiterbewegung mehr wie bisher praktisch zu fördern. Wenn der Kongress die Werte insbesondere an die Organisationen in ganz Großbritannien richtet, so deshalb, weil deren Vertreter in wiederholter Teilnahme an den Kongressen die Notwendigkeit einer solchen Verbindung nicht nur uneingeschränkt anerkannt, sondern in feierlichen Worten noch besonders unterstrichen haben. Nachdem die englischen Gewerkschaften in der Amsterdamer gewerkschaftlichen Internationalen an hervorragender Stelle stehen, erwählt auch den Buchdruckern die Pflicht, ihrerseits der Berufsinternationalen nicht länger abseits zu stehen!

Der Kongress fordert die Sekretariatskommission auf, alle ihr gemäß erscheinenden Schritte in diesem Sinne zu unternehmen, damit bei dem nächsten Kongress der Buchdrucker auch jene Organisationen in Reich und Mächtig seien, die heute aus den verschiedensten Gründen noch keine Entscheidung getroffen haben. Eine geschlossene Buchdruckerinternationalen ist die beste Gewähr, nicht nur Bestehendes zu erhalten, sondern hinzuzufügen, was uns fehlt. So nur kommt die echte und wahre Solidarität aller Buchdrucker des Weltalls zum Ausdruck.

Anträge der Verbände

lauteufe Punkt 9 der Tagesordnung. Die beiden österreichischen Anträge sind bereits bei der Regelung der Beitragsfrage des IZS erledigt; der erste französische Antrag betreffend Abänderung des Artikels 23 des internationalen Statuts ist nach vollzogener Aussprache über das Vorkommnis zurückgezogen worden.

Den andern französischen Antrag begründet Lichon: Die Fusion der drei graphischen Internationalen zu einer internationalen Einheitsorganisation solle hier nur im Prinzip erörtert werden, da die Sache ihre Entwicklung brauche. In kleineren Orten könnten alle drei Gruppen auch organisatorisch zusammengebracht werden. Es wäre auch besser, wenn die drei internationalen Sekretariate in einem Lande und in einer Stadt zusammen wären.

Goels erwähnt, auf dem letzten Kongress der Lithographen und Steindrucker wäre der Wunsch zum Ausdruck gekommen, mit den zwei Internationalen der andern graphischen Berufe zusammenzugehen. Der Kongress hier könne damit wohl sympathisieren. Er sei aber nicht der Ansicht, daß, wie es in Frankreich schon Tatsache geworden ist, die Lithographen und Steindrucker zur Buchdruckerorganisation übertreten sollen. Die Berufsangehörigen eines ganzen Landes würden dadurch ja ihrer eigentlichen internationalen Verbindung entzogen. Die technische Entwicklung rückt die Frage des Zusammenschlusses allerdings näher; man solle aber den internationalen Sekretariaten Zeit lassen, über das, was der französische Antrag will, erst Verhandlungen zu pflegen.

Sochstraffer macht einige Mitteilungen über die Entwicklung der Buchbinderinternationalen, die noch in den Kinderstube steck, aber nun doch vorwärts kommt. Der Meinungs-, Schrift- und Materialaustausch unter den Internationalen könne Vorarbeit zu weiterem werden.

Verdan erklärt für die Internationale Sekretariatskommission, daß sie gegenwärtig eine Fusion der drei Internationalen nicht für möglich halte. Der Zeit und der Entwicklung auf technischem und organisatorischem Gebiete müsse das Weitere überlassen bleiben.

Lichon teilt abschließend mit, der französische Antrag solle nur einen Wunsch ausdrücken.

Zu dem weiteren, norwegischen Antrag auf Schaffung einer Referatsklasse für die angeschlossenen Organisationen, die an Stelle des jetzigen Umfrageverfahrens bei Unterstützung in Streikfällen treten soll, ist dem Kongress noch eine ausführliche Motivierung des norwegischen Vorstandes unterbreitet worden.

Ruud möchte sie als keine Ausführungen in der Sache angesehen wissen. Er erklärt des ferneren, die Frage möge der Internationalen Sekretariatskommission zum Studium überwiegen und solle bei besseren Verhältnissen von dieser aufgelöst werden.

Der Kongress ist damit ohne Debatte einverstanden.

Briefkasten

Starkens-Auskunft des Arbeitskreises. Ein Verbot des Arbeitskreises in Karlsruhe, Nr. 27, August. Inhalt: Absatz II der Angestelltenversicherung; Aufgehobene des Arbeitskreises; Ungeheures zur Erwerbslosenversicherung; Beschäftigung Schwerbehindeter; Lantime. Man wird nach Nachfrage stets rasch über alle Neuerungen und Veränderungen auf dem laufenden erhalten und erfährt dabei die Anschaffung vieler rasch veraltender Einzelbücher und Streifenblätter. Seine vollständige, leichtverständliche Darstellung macht es für jedermann nutzbringend. Preis jedes Heftes 2,00 Mk., Verlagsverlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfaffenstraße 3.

Briefkasten

G. D. in W.: Auf den einen Unfall (S.) machte uns schon ein Berliner Landsmann aufmerksam, den andern, den ein dortiger Landsmann verschwieb, nehmen wir hiermit zur Kenntnis. Beides wird in geeigneter Weise noch richtiggestellt. Besten Dank und Gruß! — G. E. in S.: Dazu sind wir gar nicht in der Lage. Fragen Sie beim dortigen Faktorenverein an oder bei der „Örtlichen Welt“ in Berlin. — S. S. in Berlin: Es fehlt jeder Nachweis, ob der Jubilar Verbandsmitglied ist. — A. B. in A.: 3,50 Mk. — Ph. A. in Grah.: 18 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Stattfindkarten für die Zählung der Arbeitslosen einfinden!

Wir erlauben die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Eintragung der gelben Stattfindkarten über die Arbeitslosigkeit in III. Quartal 1921: 12. Oktober 1921, pünktlich einzubringen. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Stattfind ist der 24. September. Die Karten müssen auch dann eingelangt werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Auf richtige Frankierung der Karten ist zu achten!

Die Hauptverwaltung.

Felzpla. Der Schweizerdegen Friedrich Naujochs (Hauptbuchnummer 108 010), welcher angab, von hier nach Berlin zu reisen, dort aber nicht gemeldet ist, wird erwidert, seine Adresse an den Gauhallerer Dehler Ackerermann, Brüderstraße 9, gelangen zu lassen. Sollte sich W. auf der Reise befinden, werden die Funktionäre gebeten, behilflich auf diese Notiz aufmerksam zu machen. Gestift. Die Druckereien Bruno Reißberg in Schneidemühl und Georg Weber in Dahme sind für Verbandsmitglieder gesperrt. Bei Konditionsannahme erfolgt unbedingt Ausschluß. Vorstand des Dergaues.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse): Im Gau Döprechen die Schweizerdegen I. Rudolf Bagowski, geb. in Gudwalle bei Pärcheben 1891, ausget. in Pärcheben 1909; 2. Erich Klein, geb. in Pärcheben 1895, ausget. dal. 1914; waren schon Mitglieder. — Walter Krause in Königberg i. Pr., Garenbeißstraße 22 III.

Veranstaltungskalender

Berlin. Maschinenleger-Quartalsversammlung Sonntag, den 2. Oktober vormittags 10 Uhr, im Berliner Klubhaus, Dönhofsstraße 2.
Bergbau a. d. E. Versammlung heute Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Jilka. Versammlung heute Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“.